

Die Kirche ignorierte die Betroffenen und schützte die Täter, eine Kontrollinstanz fehlte

Die vom Hildesheimer Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ beauftragte Expertengruppe übergibt ihren Abschlussbericht, der in dem untersuchten Zeitraum (1957 – 1982) gravierende Versäumnisse der kirchlichen Verwaltung beim Umgang mit (Verdachts-) Fällen von sexuellem Missbrauch dokumentiert. .

Hildesheim, 14. September 2021

„Aufklärung und Aufarbeitung sexualisierter Gewalt im Bistum Hildesheim während der Amtszeit von Bischof Heinrich Maria Janssen“ lautet der Titel des Berichts der Expert*innengruppe, der Bischof Heiner Wilmer SCJ und dem Gründer der Betroffeneninitiative Hildesheim, Jens Windel, heute im Rahmen einer Pressekonferenz offiziell übergeben wurde. Im April 2019 beauftragte Bischof Heiner Wilmer die Gruppe unabhängiger Experten, zu untersuchen, ob die in den Jahren 2015 und 2018 dokumentierten Vorwürfe des sexuellen Missbrauchs zweier Betroffener gegen den verstorbenen Bischof Heinrich Maria Janssen auf ein Beziehungsgeflecht mutmaßlicher Täter oder gar auf ein gezieltes Personalmanagement zurückzuführen seien und welche Rolle die Führungsebene des Bistums Hildesheim in der Amtszeit Janssens (1957 – 1982) im Umgang mit Priestern einnahm, die des sexuellen Missbrauchs beschuldigt wurden.

„In mehr als zwei Jahren haben wir umfangreiches Material im Archiv gesichtet, unzählige Akten gelesen, mit vielen Zeitzeugen und Betroffenen gesprochen. So haben wir schwerwiegende Versäumnisse des Bischofs Heinrich Maria Janssen und des Bistums Hildesheim im Umgang mit Fällen sexualisierter Gewalt festgestellt, konnten aber keine neuen Nachweise einer aktiven Beteiligung Janssens finden,“ fasste die Obfrau der Expertengruppe, Antje Niewisch-Lennartz, ehemalige Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht und ehemalige Niedersächsische Justizministerin, die Recherchen der Expert*innen zusammen. „Unser Aktenstudium belegt, dass Bischof Janssen betroffene Gemeinden, vor allen aber die missbrauchten Kinder, allein ließ, die skandalöse und gewaltförmige Heimerziehung als selbstverständlich hinnahm und bekannt gewordene Täter schützte, um den Ruf der katholischen Kirche und des Priesterstandes zu wahren.“ Die Experten stießen in den Archiven auf Akten mit gravierenden Mängeln, die weder inhaltlich geordnet noch vollständig sind. Erkenntnisquellen der Obfrau waren darüber hinaus Gespräche mit Betroffenen und Zeitzeugen. Darunter waren auch Personen, die sich dezidiert für das unbescholtene Ansehen von Bischof Janssen einsetzen und Mitglieder seiner Familie.

Als weitere Mitglieder der Expertengruppe wurde der ehemalige Leiter der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg, Leitender Oberstaatsanwalt a.D. Kurt Schrimm, sowie das Münchner Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP) in die

Antje Niewisch-Lennartz (Obfrau),
Gerhard Hackenschmied, Dr. Peter Caspari, Kurt Schrimm

05121/4087173
0176/36710972

Obfrau Wissen teilen-Hildesheim,
Postfach 730114,
30550 Hannover

Mail: obfrau@wissenteilen-hildesheim.de
wp.wissenteilen-hildesheim.de/

**Wissen teilen
Hildesheim**

Expertengruppe berufen. Mit dem bischöflichen Auftrag „der schonungslosen Aufklärung“ (Wilmer) wurde so das Missbrauchsgeschehen im Zeitraum des Wirkens Bischof Janssens (1957 – 1982) aus der Perspektive eines ermittelnden Staatsanwaltes, einer langjährigen Richterin und aus sozialwissenschaftlicher und psychologischer Sicht vom IPP betrachtet.

Kurt Schrimm recherchierte in den Akten und im Archiv des Bistums Hildesheim nach weiteren Tatverdächtigen und suchte nach Belegen für Strukturen, die geeignet waren, sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen anzubahnen, zu vollziehen und zu verheimlichen. „Angesichts der von mir vorgefundenen Qualität der Akten bzw. deren Lückenhaftigkeit bilden bisher nicht bekannte Tatverdächtige nicht das zentrale Ergebnis meiner Recherche.“ Die überwiegenden Erkenntnisse über neue Tatverdächtige ergaben sich vielmehr aus einzelnen Meldungen an das Projekt „Wissenteilen Hildesheim“, das die Expertengruppe aufgesetzt hatte, sowie durch Meldungen an den Domhof, den Beraterstab des Bischofs in Fragen sexualisierter Gewalt und aus den geführten Interviews des IPPs. „Aber trotz der gravierenden Mängel der Akten ergibt sich die völlige Ignoranz gegenüber den Geschädigten und die einzige Orientierung des Handelns auf den Schutz der Kirche hin. Das ging bis zur aktiven Verhinderung staatlicher Strafverfolgung“, fasst Herr Schrimm seine Recherchearbeit zusammen.

Die sozialwissenschaftliche Untersuchung des Instituts für Praxisforschung und Projektberatung

Grundlage für die sozialwissenschaftliche Analyse des Missbrauchsgeschehens durch das Münchner Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP) waren strukturierte Interviews mit Betroffenen, Zeitzeugen sowie ehemaligen und gegenwärtigen Mitarbeitern des Domhofs. Die Interviewpartner*innen rekrutierte das IPP aus einer Vielzahl an Quellen. Teilweise gab es Meldungen von Personen direkt ans IPP, die Namen ergaben sich aus eigenen Recherchen, aus Ergebnissen der Archivarbeit oder stammten von Mitarbeitenden des Bistums. Weitere Personen ergaben sich aus einzelnen Interviews und aus Meldungen beim Projekt „Wissenteilen-Hildesheim“.

Die qualitativen Erhebungen des IPP identifizierten insgesamt 71 Tatverdächtige, darunter 45 Kleriker, die beschuldigt werden, vor, während oder nach der Amtszeit von Bischof Janssen sexualisierte Grenzverletzungen bzw. sexualisierte Gewalt verübt zu haben. 51 dieser Personen taten dies während der Amtszeit von Bischof Janssen. Davon bereits erfasst hat die MHG-Studie 21 Personen. Neben diesen wurden auch weitere weltliche Mitarbeitende, Ordensgeistliche und Jugendliche aus dem Heimkontext dem IPP als Tatverdächtige genannt.

„Es ist auffällig, dass sich Bischof Janssen für das Schicksal betroffener Kinder und Jugendlicher nicht interessierte, neue Belege für eine aktive Täterschaft des Bischofs gibt es aber nicht“ erläuterte Gerhard Hackenschmied vom IPP die Ergebnisse der qualitativen Erhebungen des Münchner Instituts. „Vielmehr nahm Janssen durch intransparente Versetzungsmanöver in Kauf, dass Kleriker weiterhin sexualisierte

Gewalt ausüben konnten. Auf diese Weise prägte er eine Kultur, die sich auch auf Nachfolger-Generationen übertrug.“ Für das IPP ist belegt, dass durch jahrzehntelange Ignoranz die Bedingungen für die Aufarbeitung von Missständen immer schwieriger und komplexer wurden, ganze Pfarrgemeinden durch die Folgen sexualisierter Gewalt kontaminiert blieben und Betroffene mit ihrem Schicksal allein gelassen wurden.

Zusätzlich zur qualitativen Untersuchung wurde eine Befragung aller ehemaligen und aktiven Mitarbeitenden des Bistums Hildesheim durch das IPP initiiert. Ein eigens dafür entwickelter Fragebogen legte den Fokus auf das Wissen um sexuellen Missbrauch, die Herangehensweise des Bistums im Falle von Informationen über Missstände und die Beurteilung der Vorgehensweise innerhalb der Verwaltung. Die in diesem Umfang bislang einzigartige quantitative Befragung, die auf den Antworten von 2164 aktuellen und ehemaligen Mitarbeitenden des Bistums Hildesheim basiert, zeigt, dass Personen sowohl in ihrer Kindheit oder Jugend (9 Prozent) als auch in ihrer Zeit als Mitarbeitende (fast 11 Prozent) mit Fällen sexualisierter Gewalt als Betroffene, als Zeug*innen oder durch glaubhafte Informationen Dritter konfrontiert waren. Erschreckend war für Dr. Florian Straus vom IPP, dass die Mehrheit derer, die mit solchen Erfahrungen in ihrer Kindheit oder Jugend konfrontiert waren, sich niemals jemanden anvertraut haben. „Mehr als 70 Prozent dieser Menschen hat diese Erfahrung ihr Leben lang begleitet, und auch in jenen Fällen, von denen die Befragten als Mitarbeitende Kenntnis hatten, erreichte nicht einmal die Hälfte die dafür zuständige Organisationsebene.“ Dies ist für Straus ein Beleg sowohl für das Ausmaß sexualisierter Gewalt im Bistum als auch für einen institutionellen Umgang mit dem Thema, der das Schweigen förderte und die Aufdeckung erschwerte.

Auf der anderen Seite belegt die Befragung der Mitarbeitenden aber auch, dass der durch Bischof Wilmer angestoßene Kulturwandel eine hohe Zustimmung findet und die Mitarbeitenden die hohe Transparenz im Umgang mit (Verdachts-)fällen sexualisierter Gewalt und die Orientierung an den Bedarfen und Bedürfnissen Betroffener begrüßen. „Unsere Erhebungen zeigen, dass eine große Mehrheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für tiefgreifende Änderungen in der katholischen Sexualmoral und beim Pflichtzölibat plädieren“, stellt Florian Straus abschließend fest und führt weiter aus, dass für Mitarbeitende im weltlichen wie im geistlichen Bereich des Bistums Hildesheim eine breitere Beteiligung von Frauen in Leitungspositionen und im Priesteramt positiv beurteilt wird. „Diese Forderungen nach Veränderungen sind Forderungen aus dem Innersten der katholischen Kirche, werden von den eigenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen erhoben, unabhängig davon, ob sie weltliche oder geistliche Mitarbeitende sind,“ schließt Florian Straus den Bericht über die Befragung der ehemaligen und aktiven Mitarbeitenden ab.